



Gangelt, den 12.12.2006

Rede der FDP-Fraktion im Rat der Gemeinde Gangelt zum Haushaltsentwurf 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Frau Kroy!

Am 11.11 hat unsere Fraktion nicht den Rheinischen Karneval eingeläutet, sondern sich intensiv mit dem Zahlwerk der Gemeinde Gangelt beschäftigt. Hierfür möchten wir uns recht herzlich im Namen der FDP-Fraktion beim Herr Bürgermeister Tholen und den Kämmerer Herrn Dahlmanns recht herzlich bedanken. Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Mitarbeitern unseres Bauhofs. Wenn mich ein Kölner fragt, wo denn Gangelt sei und ich mit meinen Erklärungen beginne, bekomme ich oft als Antwort: „Ach, das ist der Ort mit dem herrlich blühenden Kreisverkehr am Ortseingang“. Herr Bürgermeister, bitte richten Sie den Mitarbeitern des Bauhofs für die Gestaltung dieser überregional bekannten Gangelter Wahrzeichen einen besonderen Dank unserer Fraktion aus.

Die Beratungen zum Haushalt 2007 zeigten sehr schnell, dass der Rat heute nur noch über knapp 15% des Gesamthaushalts eigenständig verfügen und beschließen kann. Der überwiegende Teil ist von Kreis, Land und Bund vorgegeben. Politische Entscheidungen auf oberster Ebene und eine erneut gestiegene Kreisumlage sind zusätzliche Belastungen, die durch uns kaum beeinflussbar sind. Dennoch kann unser Kämmerer Herr Dahlmanns auch für 2007 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Am 22. November war die schwarz-rote Regierung genau ein Jahr im Amt - Zeit, ein Fazit zu ziehen. Aus Sicht der Liberalen war es ein Jahr der verpassten Chancen, und wir sind der festen Überzeugung, dass es auch anders geht. Unsere liberalen Lösungsansätze sollen die Lebensbedingungen der Bürger unmittelbar verbessern.

Dass es mit der schwarz-roten Koalition nicht zu Verbesserungen kommen kann, macht die FDP unter anderem an der wirtschaftshemmenden Mehrwertsteuererhöhung fest. Sie schadet der angesprungenen Konjunktur und gefährdet Arbeitsplätze. Hierzu sagte Guido Westerwelle vor einigen Wochen: „Bei den Steuererhöhungen ist diese Koalition weitaus schlimmer als die Vorgängerregierung“. Ein weiteres Beispiel ist die Flickschusterei in der Gesundheitsreform. Für uns als Kommune bedeutet dies, dass eine positive Veränderung derzeit außer Sichtweite ist.

Auch in diesem Jahr möchte ich hier das Thema Föderalismusreform ansprechen. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das heißt: Unsere Bundesregierung, die gesetzliche Bestimmungen erlässt, hat dafür zu sorgen, dass derjenige, der für die Umsetzung verantwortlich ist, sprich: die Kommunen, ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Aber gerade dieser wichtigste Teil, die Finanzreform der Verfassung, wird von der großen Koalition weiter ausgeschlossen. Meine Hoffnungen darauf, dass sich durch die große Koalition auch große Verbesserungen für den Bürger ergeben, halten sich aus diesem Grunde sehr begrenzt.

Dies zeigt sich auch im Haushalt 2007 unserer Gemeinde. Die Ausgaben für Sozialleistungen steigen seit vielen Jahren überproportional stark an. Seit 1992 nahmen sie trotz der Entlastung nach der Einführung der Pflegeversicherung um mehr als 45 Prozent zu. Hier spiegelt sich wider, dass die Sozialhilfeentlastungen durch das Hinzukommen neuer Aufgaben, wie im kommenden Jahr die Verdopplung der Krankenhausumlage, überkompensiert wurden. Parallel dazu kam es zu extremen Steigerungen bei bereits bestehenden Ausgabenblöcken, insbesondere im Bereich der Asylbewerber. Eine Trendwende dieser Entwicklung ist nicht zu erwarten. Gerade die Ausgaben für den sozialen Bereich sind eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nicht nur den Kommunen aufgebürdet werden darf.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Auch in diesem Jahr bildet wieder die Kreisumlage mit 5.525.000 € den höchsten Ausgabenposten. Das sind 34,1% unseres Gesamthaushalts überschreiten bei weitem das gesamte Steueraufkommen unserer Gemeinde. Bürgermeister Tholen hat den Stellenplan unserer Verwaltung inzwischen auf das unbedingt notwendige Mindestmaß eingeschränkt. Vergleicht man hierzu den Stellenplan der Kreisverwaltung, so ist diese Größenordnung nicht mehr zu akzeptieren.

Im Dezember des letzten Jahres propagierte Landrat Pusch in seiner Rede zum Jahresabschluss einen rigorosen Sparkurs. Was er den Zuhörern aber nicht gesagt hat, ist, dass er hier in erster Linie den abhängigen Kommunen weitere Belastungen auferlegt. Das beste Beispiel dafür ist die inzwischen beschlossene Verabschiedung des Kreises aus dem Realschulzweckverband Selfkant. Dies bedeutet konkret, dass die Gemeinden Gangelt und Selfkant künftig jeweils knapp 120.000 € mehr aufbringen müssen. Unverständlich ist für uns, dass sich der Kreis dennoch weiter am Naturpark Schwalm-Nette mit steigenden Kosten beteiligt. Auch hier ist nur eine Kommune direkt betroffen.

Sparen heißt nicht, dass man sich von einigen Liegenschaften trennt um kurzfristig Geld in die Kreiskasse zu bekommen, Herr Pusch. Sparen heißt für die FDP auch, den Hebel dort anzusetzen, wo es wehtun kann, z.B. bei den Personalkosten oder bei den Kosten des ÖPNVs.

Landrat Pusch bemüht sich zwar, die Kreisabgaben zu reduzieren, aber dieses Vorhaben alleine genügt uns nicht. Wir fordern einen gerechten Ausgleich und nicht die höchste Kreisumlage aller Zeiten. Von der Mammutbehörde Kreisverwaltung erwarten wir in 2007 eine wirtschaftlichere und sparsamere Verwaltungsführung bei einem erheblich zu reduzierenden Personalbedarf.

Eine weitere Belastung entsteht durch die neue Gebührenordnung des Kreises bei der Abfallentsorgung. Die neue Grundgebühr ab 2007 ist eine nicht akzeptable Bestrafung für die Bürger unserer Gemeinde. Bei einer Nachfrage unserer Fraktion war man bei der Kreisverwaltung der Auffassung, dass unsere Bürger bei einem vergleichsweise geringen Abfallaufkommen nicht ganz ehrlich seien und man davon ausgehen müsse, dass man in Gangelt den Abfall anderweitig entsorgt. Dies sei aus Sicht der Kreisverwaltung ein Hauptgrund zur Einführung der mengenunabhängigen Grundgebühr.

Verehrte Kollegen,

mit dem vorgelegten Entwurf zum Vermögenshaushalt 2007 kann sich unsere Fraktion völlig identifizieren. Alle größeren Investitionen wurden bereits in den Ausschüssen eingehend diskutiert und verabschiedet. Die zunächst vorgesehene Darlehensaufnahme wird nach aktuellem Stand nicht erforderlich sein. Die Industrie- und Handelskammer zu Aachen schreibt in ihrer Stellungnahme u.A.: „Im Vergleich zu den Vorjahren wird im vorliegenden Haushaltsentwurf bei den Investitionen eine schnellere Gangart eingeschlagen, wobei es sich

jedoch möglicherweise auch um Nachholeffekte handelt.“ Hätte man hier richtig gelesen, wäre unschwer zu erkennen gewesen, dass diese Gelder in den vergangenen Jahren angespart wurden, so wie es auch jede Familie bei größeren Investitionen machen würde. Die FDP sieht hier weder eine schnellere Gangart noch eine Rücklagenentnahme. Für uns ist dies lediglich ein lange vorbereiteter Zugriff auf das Spargbuch.

Besonders erfreulich sind für uns die geplanten Maßnahmen im touristischen Bereich wie z.B. der Wohnmobilstellplatz und das Infocenter, aber auch den baulichen Maßnahmen zur offenen Ganztagschule und beim Straßen- und Kanalbau, sowie der Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs stehen wir positiv gegenüber. Erwähnenswert ist aus unserer Sicht die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer aller Vereine und vor allem der Feuerwehren. Ohne Ihre aufopfernde und selbstlose Arbeit, auch hinter den Kulissen so mancher Veranstaltung, sähe es in unserer Gemeinde bei vielen Festlichkeiten sehr, sehr düster aus. Wir werden auch in Zukunft diese Helfer unbürokratisch unterstützen und erwarten die Fortführung des Abbaues von bürokratischen Hindernissen.

Erfreulich ist vor allem, dass trotz erheblicher Mehrausgaben in allen Bereichen, die Förderung zur Erhaltung des Vereinslebens weiterhin uneingeschränkt möglich ist und auch in 2007 ein Investitionskostenzuschuss für unsere Vereine zur Verfügung steht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch im vorliegenden Haushaltsentwurf 2007 wird wiederum eine freie Spitze von 372.000 € erwartet. Aus den uns hinreichend bekannten Gründen liegt der Ansatz der Gewerbesteuer im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlich niedriger. Wie bei den Einkommen- und Umsatzsteueranteilen sieht die FDP auch hier eine konjunkturell bedingte Steigerung. Die Landeszuweisungen sind zwar ebenfalls gestiegen, fallen aber der hohen Kreisumlage wieder zum Opfer.

Insgesamt ist der eingebrachte Haushalt 2007 solide und verantwortungsbewusst. Insbesondere sind wir über die soziale Ausgewogenheit erfreut, der hohe Standard kann in allen Bereichen ohne Gebührenerhöhung gehalten werden.

Auffällig waren aber die hohen Ansätze bei den Energiekosten in der Gebäudebewirtschaftung, sowie bei der Straßenbeleuchtung und der Abwasserbeseitigung. Sicherlich waren die Mittel für 2006 relativ niedrig angesetzt. Der lange Winter und die erheblich gestiegenen Energiepreise taten ihres dazu. Das Ende der Fahnenstange ist hier

wahrscheinlich noch lange nicht erreicht, und in 2007 kommt auch noch der erhöhte Mehrwertsteuersatz hinzu. Die Verantwortung liegt natürlich nicht allein bei der Politik, sondern auch in Händen der Wirtschaft und bei uns selbst. Es muss zu denken geben, dass unsere Volkswirtschaft in den letzten Jahren erheblich gewachsen ist, während gleichzeitig das Steueraufkommen zurückging.

Bereits bei der Vorstellung des Haushalts hat unsere Fraktion auf inzwischen mögliche technische Lösungen zu einer künftigen Energieeinsparung hingewiesen. So ist es kaum verständlich, dass die West-Energie bei der Straßenbeleuchtung noch keine nahezu wartungsfreien LED-Leuchten anbieten kann. Bei künftigen Sanierungen oder Veränderungen sollte dem Energieverbrauch zur Betriebskostenreduzierung mehr Beachtung geschenkt werden.

Bedenklich sind auch die voraussichtlichen Kostenplanungen bei der Pflege unserer Friedhöfe. Für 2007 erwartet unser Kämmerer einen Deckungsgrad von weniger als 70 %. Zur Vermeidung einer weiteren Gebührenanhebung sind Maßnahmen erforderlich, die die Wirtschaftlichkeit positiv beeinflussen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen!

Auch wenn wir uns zunächst nicht so ganz mit dem Logo „Der Selfkant“ anfreunden könnten, sehen wir dennoch, dass die drei Gemeinden Gangelt, Waldfeucht und Selfkant einen sinnvollen, gemeinsamen Weg angetreten haben. Wir freuen uns, diesen Namen im Januar zur Grünen Woche in Berlin überregional bekannt zu machen. Für die Zukunft ist es aus Sicht der FDP zwingend notwendig und auch wirtschaftlich sinnvoll Entscheidungen der drei selbstständigen Gemeinden Gangelt, Selfkant und Waldfeucht aufeinander abzustimmen um Kräfte zu bündeln und Ressourcen zweckmäßig einzusetzen.

Resümierend kann ich für meine Fraktion sagen, dass die in dieser Haushaltsrede angesprochenen negativen Zahlen, wie z.B. die Schlüsselzuweisungen oder die Kreisumlage, nicht in unserem direkten Einflussbereich liegen und deshalb nicht unser Abstimmungsverhalten beim Haushalt beeinflussen. In dem uns hier vorliegenden Entwurf erkennt die FDP-Fraktion ein sinnvolles und vertretbares Gleichgewicht zwischen Sparen auf der einen und Investieren auf der anderen Seite.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die FDP möchte sich bei allen Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für Ihre unterstützende Hilfe in allen Bereichen bedanken. Informationen, Sachstandsmitteilungen und Erklärungen werden unbürokratisch, schnell und ohne Abgrenzung der Parteizugehörigkeit weitergeleitet. Die Mitglieder der betreffenden Ausschüsse können aus unserer Sicht uneingeschränkt auf die Fachkompetenz und Neutralität der betreffenden Mitarbeiter zurückgreifen. In den Beratungsgesprächen der Fachausschüsse sollte sich künftig jedes Mitglied auf die eigentliche Sache berufen und sich nicht auf Nebenkriegsschauplätzen austoben. Diese Strategie wird bestimmt dazu beitragen, noch effizienter und sinnvoller für das Wohl jedes einzelnen Bürgers zu sorgen, anstatt weiter Sand ins Getriebe zu schaufeln.

Wir möchten im nächsten Jahr, die Mobilität des Rathauses weiterhin unterstützen und schlagen Ihnen, Herr Bürgermeister, vor, im Hinblick auf eine immer älter werdenden Gesellschaft, die Nähe zum Bürger zu intensivieren. Ein mobiles Rathaus, wo jeder Bürger einen Vertreter des Rathauses in seinen eigenen vier Wänden kostenpflichtig mit seinen Belangen in Anspruch nehmen kann, ist nur eine Möglichkeit, Vertrauen, Respekt und Teilnahme der älteren Gesellschaft an Entscheidungen zu erlangen.

Die Fußball-Weltmeisterschaft hat gezeigt, dass ein motiviertes Team gemeinsam unüberwindlich scheinende Hürden nehmen kann und Visionen zuerst in den Köpfen reifen müssen, die dann später gemeinsam umgesetzt werden können. Gemeinsamkeit macht stark und kann ungemeine Kräfte freisetzen. Wir werden daher dem Haushaltsentwurf 2007 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!